



# Internationale Zusammenarbeit

**Für die Periode 2013–2016 legt der Bundesrat dem Parlament erstmals eine umfassende Botschaft zur Internationalen Zusammenarbeit vor, welche die operationellen Aktivitäten der Direktion für Entwicklung und Zusammenarbeit (DEZA) und des Staatssekretariats für Wirtschaft (SECO) aufzeigt und vier Rahmenkredite beinhaltet. Die Internationale Zusammenarbeit umfasst die Humanitäre Hilfe (DEZA), die technische Zusammenarbeit und Finanzhilfe (DEZA), die wirtschafts- und handelspolitischen Massnahmen im Rahmen der Entwicklungszusammenarbeit (SECO) und die Ostzusammenarbeit (DEZA/SECO).**

## **Weiterführung der humanitären Hilfe (DEZA)**

Die Humanitäre Hilfe der DEZA setzt neue Akzente in Prävention und Krisenresistenz, bei Anwaltschaft und Opferschutz sowie im multilateralen Engagement. Sie ist besonders gefordert, die humanitären Folgen der häufiger auftretenden Extremwetterereignisse zu bewältigen. In Krisen und Gewaltkonflikten sind die Anwaltschaft für betroffene Menschen sowie der Zugang zu den Opfern und deren Schutz zentral.

## **Weiterführung der technischen Zusammenarbeit und der Finanzhilfe zugunsten von Entwicklungsländern (DEZA)**

Die Entwicklungszusammenarbeit der DEZA konzentriert ihr Engagement auf die ärmsten Weltregionen und unterstützt die Eigenanstrengungen der Länder und ihrer Bevölkerung, Armuts- und Entwicklungsprobleme zu bewältigen. Sie arbeitet 2013-2016 in zehn relativ stabilen armen Ländern und Regionen: Benin, Burkina Faso, Mali, Mosambik, Tansania, Bangladesch, Mongolei, Bolivien, Kuba, Zentralamerika. Gleichzeitig erhöht sie ihr Engagement in fragilen Kontexten: Region der Grossen Seen, Horn von Afrika, Niger, Südliches Afrika, Tschad, Palästina/Nordafrika, Hindukush, Mekong, Nepal, Haiti.

Die Programme konzentrieren sich auf: 1. Konflikttransformation und Krisenresistenz, 2. Gesundheit, 3. Wasser, 4. Grund- und Berufsbildung, 5. Landwirtschaft und Ernährungssicherheit, 6. Privatsektor und Finanzdienstleistungen, 7. Staatsreform, Lokalverwaltung und Bürgerbeteiligung, 8. Klimawandel, 9. Migration.

Die Schweiz beteiligt sich weiterhin an internationalen Finanzierungsinstitutionen, Organisationen der Vereinten Nationen und globalen Netzwerken, die ihre Anliegen und Interessen zur Bewältigung von Armut und Bewältigung globaler Risiken am besten voranbringen, und wirkt in den Leitungs- und Aufsichtsorganen einzelner multilateraler Organisationen mit.

### **Weiterführung der Finanzierung von wirtschafts- und handelspolitischen Massnahmen im Rahmen der Entwicklungszusammenarbeit (SECO)**

Die handels- und wirtschaftspolitischen Massnahmen des SECO im Rahmen der Entwicklungszusammenarbeit tragen zu einer nachhaltigen Integration der Entwicklungsländer in die Weltwirtschaft sowie zur lokalen Schaffung von Arbeitsplätzen bei. Das SECO konzentriert seine Massnahmen auf: 1. Stärkung der Wirtschafts- und Finanzpolitik, 2. Ausbau städtischer Infrastruktur und Versorgung, 3. Unterstützung des Privatsektors und Unternehmertums, 4. Förderung des nachhaltigen Handels, 5. Stimulierung eines klimafreundlichen Wachstums. Im Fokus stehen Unterstützungsmassnahmen für fortgeschrittenere Entwicklungsländer, die sich einem ernsthaften und leistungsfähigen Reformprozess verpflichtet haben. Neben den bisherigen sieben Schwerpunktländern (Ägypten, Ghana, Südafrika, Indonesien, Vietnam, Kolumbien, Peru) wird neu auch Tunesien zum Schwerpunktländ. Wirtschafts- und handelspolitische Massnahmen werden ergänzend auch in ärmeren Ländern geleistet. Anhaltendes und nachhaltig ausgestaltetes wirtschaftliches Wachstum ist die Grundlage für die Armutsbekämpfung, die vom SECO angestrebt wird.

### **Weiterführung der Zusammenarbeit mit den Staaten Osteuropas und der GUS (DEZA/SECO)**

Im Rahmen der Ostzusammenarbeit realisieren DEZA und SECO gemeinsame Programme im Westbalkan (Albanien, Serbien, Kosovo, Mazedonien, Bosnien und Herzegowina) und der ehemaligen Sowjetunion, die grosse Rückstände im Übergang zu Rechtsstaat, Demokratie und sozialer Marktwirtschaft aufweisen (Kirgisistan, Tadschikistan, Armenien, Aserbaidshan, Georgien, Moldau, Ukraine und punktuell in Usbekistan). Die Schweiz unterstützt die Anstrengungen der Regierungen sowie der zivilgesellschaftlichen und privatwirtschaftlichen Akteure, Transitionsprobleme zu bewältigen.